

Gespaltenes Steuer-Volk

WOLFGANG KADEN

Leona Helmsley, die amerikanische Hotel-Milliardärin, wußte zweifellos, wovon sie sprach. „Wir zahlen keine Steuern“, verbreitete die Amerikanerin sich über ihre Schicht und über die Leute darunter, „die kleinen Leute zahlen Steuern.“

Die raffgierige Leona hat diesen Grundsatz sicherlich zu sehr strapaziert, wegen Steuerhinterziehung wurde sie kürzlich zu vier Jahren Knast verurteilt. An der Richtigkeit ihrer Erkenntnis, daß Steuergesetze vor allem für die Gemeinden da sind, ändert dieses Urteil allerdings gar nichts.

Die Werktätigen in diesem Land sollten sich an Leonas Spruch erinnern, wenn sich Ende Januar erstmals die Folgen der jüngsten Bonner Steuerreform auf ihren Konten niederschlagen. Nicht nur die von den Gesetzesmachern mit viel Selbstlob versehenen Steuersenkungen vergrößern die Kluft zwischen oben und unten (Monatsentlastung bei 3000 Mark brutto: 82 Mark; Monatsentlastung bei 15 000 Mark brutto: 747 Mark).

Vor allem die Beigaben dieser Reform haben auf recht unspektakuläre Weise dafür gesorgt, die Klassenspaltung des deutschen Steuerzahlervolks noch ein wenig zu vertiefen: in die Klasse jener, denen das Gemeinwesen alle Möglichkeiten beläßt, in Bargeld oder in Naturalien die Früchte des Schaffens abgabenfrei einzufahren; und in die zahlenmäßig vielfach größere Schar jener, denen der Fiskus nicht die geringste Chance zum Entkommen läßt.

Der Tatbestand ist nicht neu: Wer in den oberen Einkommensrängen sitzt, verfügt über vielerlei Möglichkeiten, privaten Konsum, der aus dem versteuerten Einkommen zu bezahlen wäre, als geschäftlichen Aufwand auszugeben; dieser Aufwand mindert den steuerpflichtigen Gewinn oder das steuerpflichtige Einkommen – der Staat zahlt also mit.

Der Weinkeller, der für angebliche Bewirtungen aufgefüllt wird; der Wagen für die Gemahlin, der voll übers Geschäft läuft; die privaten Telefonate, die als dienstliche Gespräche ausgewiesen werden – die Phantasie von Freiberuflern, Eigentümer-Unternehmern und angestellten Managern scheint grenzenlos.

Gewöhnliche Beschäftigte kamen bisher schon nicht in den Genuß solcher steuergestalterischen Freiheiten.

Die jüngste Reform sorgt nun dafür, daß die wenigen Zugaben, die Werktätige bisher vom Patron steuerfrei in Empfang nehmen durften, mit deutscher Bürokraten-Akkuratesse ausgemerzt werden.

Unhaltbar war offenbar der Zustand geworden, daß der Kantinenzuschuß von 1,50 Mark am Tag steuerfrei gewährt werden durfte. Diese Subvention entfällt zukünftig, zum Zwecke der „gerechteren Besteuerung“, wie die Bonner Finanzministerialen in einer Broschüre dem Steuer-volk erläutern.

Dem höheren Zweck der Steuer-gerechtigkeit soll gewiß auch die Abschaffung der Belegschaftsrabatte dienen. Zukünftig dürfen die Männer und Frauen, die bei Mercedes in Sindelfingen Pkw zusammenbauen, sich nicht mehr hemmungslos am Rabatt von 21,5 Prozent für einen Daimler bereichern. Bis auf einen Freibetrag von 2400 Mark ist der geldwerte Vorteil zu versteuern.

„Der Abbau von Steuervergünstigungen“, ließ Finanzminister Theo Waigel wissen, „betrifft Arbeitnehmer, Selbständige und andere in angemessener und ausgewogener Weise.“ Der Unterschied nur ist, daß die Selbständigen und die Arbeitnehmer der höheren Schichten auf Rabattgewinne von einigen tausend Mark gar nicht angewiesen sind; daß sie den Kantinenzuschuß gar nicht brauchen. In diesen Einkommenskategorien zahlt die Firma gleich den gesamten Aufwand; versteuert wird allenfalls ein symbolischer Betrag, der selten dem wahren Vorteil entspricht.

Es ist ja wahr, dem Volk Steuer-gerechtigkeit widerfahren zu lassen zählt zu den undankbarsten Aufgaben, die Regierungen zu lösen haben. Generationen von Moralphilosophen, Ökonomen und Finanzwissenschaftlern haben darüber nachgedacht, wie die Abgabenlast gleichmäßig und leistungsgerecht auf die Bürger verteilt werden kann. Nützliche Gebrauchsanweisungen für die Politiker sind nicht dabei herausgekommen.

So sollten wir Verständnis zeigen für die Steuerherren aus Bonn. Vielleicht täten sie die Großen unter den Einkommensbezieheren schon gern jagen. Doch da das nun mal so schwer ist, halten sie sich lieber an die Kleinen. Leona Helmsley hatte wohl recht.

DDR/Mikroelektronik

Ende der Illusion

Eine Studie von DDR-Wissenschaftlern belegt: Die „Elektronisierung der Volkswirtschaft“ ist weitgehend gescheitert.

Der Gastgeber, mächtigster Mann im Staat, hörte den Lobspruch gern: „Sinnvoll und stimulierend“, schmeichelte ihm Heinz Wedler, damals wie heute Generaldirektor des Kombinats Mikroelektronik in Erfurt, sei der „maßgeblich von deinem persönlichen Wirken geprägte Kurs“.

Gerührt nahm Staatsratsvorsitzender Erich Honecker dann das Gastgeschenk entgegen: erste Muster eines leistungsfähigen 32-bit-Mikroprozessors aus DDR-eigener Produktion. Dann gab der greise SED-Generalsekretär der Delegation aus Erfurt das Lob zurück: Ihre Arbeit entspreche „höchsten international bekannten Maßstäben“.

Das war im August letzten Jahres in Berlin. In den Schubladen der Akademie der Wissenschaften der DDR schlummerte da schon eine Studie zum Stand der Mikroelektronik im SED-Staat, die den wahren Gehalt auch dieses realsozialistischen Rituals offenbart: alles Lüge.

Denn die Untersuchung des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften an der Prenzlauer Promenade, noch im November letzten Jahres als geheime „Dienstsache“ eingestuft, belegt nicht nur einen „gravierenden ökonomischen Rückstand“ in der Schaltkreisproduktion der DDR.

Nicht einmal der technologische Abstand zum Westen habe verringert werden können, lautet die bittere Bilanz der Arbeitsgruppe unter Leitung von Akademieprofessor Wolfgang Marschall. Zwar sei die „Schaffung einer eigenen mikroelektronischen Basis“ richtig gewesen; der Milliardenaufwand für die Bauelemente-Fertigung in der DDR hat jedoch nach den Ergebnissen der Studie nicht gelohnt und darüber hinaus, so Marschall, den Ausbau der Mikroelektronik beim ostdeutschen Nachbarn sogar „ökonomisch gehemmt“.

Zugunsten der Entwicklung von Basis-Schaltkreisen wie Speicherchips und Steuerprozessoren für Personalcomputer, ergab die Bestandsaufnahme, sind die Bereiche Rechen-, Nachrichten- und Steuerungstechnik sowie Konsumgüterelektronik derart vernachlässigt worden, daß der DDR-Anteil an der Elektronik-Weltproduktion in den letz-



Gutachter Marschall
„Entscheidungen nicht zu erklären“

ten zehn Jahren von 0,8 auf 0,4 Prozent zurückgegangen ist – ein Trend, der sich laut Studienleiter Marschall in den neunziger Jahren „mit größter Wahrscheinlichkeit“ fortsetzen wird. Ratlos lassen den Wissenschaftler die Entscheidungen des alten Regimes: „Sie sind nicht ökonomisch zu erklären.“

Die alte Staatsführung habe „einseitig auf möglichst viel Technikeinsatz“, dagegen kaum auf „Effektivitätsgewinn“ gesetzt, heißt es weiter in der Studie. Von den 14 Milliarden Mark, die von 1977 bis 1988 in die Mikroelektronik flossen, blieb die Hälfte in der Halbleiter-Industrie hängen. Das ursprünglich angestrebte Ziel, die importunabhängige Produktion von Standard-Bauelementen in der DDR, erklärten die Wissenschaftler jetzt schlicht zur „Illusion“.

Das Cocom-Embargo, das die Deutsche Demokratische Republik am Hochtechnologie-Erwerb auf westlichen Märkten hindert, war dabei für die Autarkie-Verfechter laut Marschall eine „Tatsache, auf die sie sich fein herausreden konnten“.

Am weitesten nämlich, so belegt die Studie, hinkt die DDR-Technologie im Bereich der Gebrauchs- und Nachrichtenelektronik hinterher: Gemessen an westlichen Standards liegt sie dort 12 bis 15 Jahre zurück. In der Bauelemente-Industrie beträgt der Rückstand zwischen drei und acht Jahren – aber das entspricht auf diesem Sektor schon bis zu drei Technologie-Generationen. Auch „die ominöse Sache mit dem 1-Megabit-Chip“ (Marschall) wird durch die Studie in ein neues Licht gerückt.

Gemeint ist jener spektakuläre Auftritt, mit dem Erich Honecker im September 1988 einer erstaunten Weltöffentlichkeit suggeriert hatte, die DDR habe in bestimmten Bereichen der Chipproduktion dramatisch aufgeholt. Honecker präsentierte damals ein Bauelement, auf dem der Text von 100 Schreibmaschinenseiten gespeichert werden könnte.

Daß es mit diesem 1-Megabit-Chip aus dem Kombinat Carl Zeiss Jena in Wahrheit nicht soweit her ist, macht die Studie mit der Empfehlung deutlich, den Versuch der Selbstversorgung auf diesem Gebiet aufzugeben. Bislang ist die Produktion des Speichers in der DDR über eine „Pilotserie“ von 20 000 Stück nicht hinausgekommen. Im Westen ist der Standardchip seit 1986 in der Massenproduktion, allein der bundesdeutsche Hersteller Siemens bringt es derzeit monatlich auf zwei Millionen Stück.

Das Bauelemente-Sortiment der DDR, fordert Marschall nun, sei „konsequent zu bereinigen“, Speicherchips sollten, „soweit überhaupt sinnvoll, nur zur Technologie-Einführung genutzt werden“. Nüchternes Fazit des Wissenschaftlers: „Im Normalfall wird es notwendig sein, Standard-Bauelemente zu importieren.“

Den einzigen Ausweg aus der Krise sehen die Akademie-Experten in der Konzentration der DDR-Mikroelektronik auf die Industriezweige, die bei geringem Energie- und Materialverbrauch „intelligenzintensiv“ produzieren.

Die Erfahrungen aus der bisherigen Bauelemente-Entwicklung, empfiehlt die Studie, sollten der Herstellung von sogenannten anwenderspezifischen Schaltkreisen zugute kommen. Diese jeweils für bestimmte Industrieanwendungen entworfenen Chips, deren Schaltung auf typische Produktionsabläufe ausgerichtet ist, können auch in kleineren Serien rentabel hergestellt werden, beispielsweise für Textil-, Elektronik- und Werkzeugmaschinen.

Auch im besonders „intelligenzintensiven“ Bereich der Software-Entwicklung, meint Marschall, könnte viel-

leicht eines Tages aus der Not eine marktfähige Tugend werden: Mit maßgeschneiderten Branchenlösungen lasse sich gegen Programmbieter im Westen sehr wohl konkurrieren. Die DDR verfüge über „hervorragende Programmierer, die keine Schwierigkeiten mit internationalen Standards haben dürften“. Allerdings sei der Bestand an Computern, auf denen derartige Programme entwickelt werden können, in der DDR immer noch „absolut nicht ausreichend“.

Wozu das führt, mußten in den vergangenen Wochen Marshalls Akademie-Kollegen vom Berliner „Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse“ schmerzhaft erfahren.

Schon vor der Wende tüftelten dort rund 50 Entwickler, in Kooperation mit der Volkswagen AG und der West-Berliner Gesellschaft für Prozeßsteuerungs- und Informationssysteme, an Software-Produkten für den Westmarkt. Mit jeweils einem Personalcomputer für vier Mitarbeiter sind sie, so Exportdirektor Hans-Günter Weide, sogar noch „vergleichsweise sehr gut ausgestattet“.

Trotzdem verließen nach der Öffnung der Grenzen vier seiner Software-Experten die laufenden Projekte, um ihren Arbeitsplatz direkt an ein Computerterminal im Westen zu verlegen. Damit seien zwar, verglichen mit anderen Bereichen, nicht übermäßig viele Mitarbeiter abhanden gekommen; aber, so klagte Weide letzte Woche, „diese wenigen waren wichtig“.



Übergabe des 1-Megabit-Chips an Honecker*
Realsozialistisches Ritual

* Im September 1988; links: Carl-Zeiss-Jena-Generaldirektor Wolfgang Biermann.